

Vorlage Nr. 18/0174

Federf. Stadttamt: Amt für Integration und Sport

Vorlage für den	Berichterstatter	Zuständigkeit	Sitzung am	Punkt
Integrationsrat	Rainer Weichelt Erster Beigeordneter	Kenntnisnahme	02.05.2018	4

öffentliche Sitzung

Betrifft:

Projekt zur Verbesserung der sozialen Eingliederung von neuzugewanderten EU-Bürgern/-innen, deren Kindern sowie Wohnungslosen und von Wohnungslosigkeit bedrohten Personen

Begründung:

(ggf. zusätzlich)

Sachverhalt:

Die Gruppen der EU-Zuwanderer/-innen in Gladbeck, die am häufigsten von Armut bedroht sind, kommen aus Rumänien und Bulgarien. Die Zahl der Zuwanderer aus diesen Staaten ist in den letzten Jahren stetig angestiegen. Viele dieser Neuzuwanderer haben weder eine Berufsausbildung bzw. zum Teil auch keine Schule besucht oder abgeschlossen und haben aufgrund dieses niedrigen Bildungsniveaus auch langfristig eine schlechtere oder keine Perspektive, nachhaltig in den Arbeitsmarkt integriert zu werden. Diese Personen erhalten in der Regel keine Sozialleistungen und sind nicht krankenversichert. Viele Familien leben vorrangig vom Kindergeld. Aufgrund der nicht oder nur wenig vorhandenen Sprachkenntnisse werden Hilfsangebote für Erwachsene oft nicht erkannt und nicht wahrgenommen. Da EU-Staatsangehörige nicht zur Teilnahme an einem Integrationskurs verpflichtet sind, werden die Integrationskurse gerade von den Personen, die sie am Nötigsten hätten, nicht angenommen. Kinder gehen unregelmäßig zur Schule, noch seltener in einen Kindergarten. Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche sind ihnen nicht bekannt bzw. werden aufgrund der Sprachbarriere nicht aufgesucht.

Mitzeichnungen					
Bürgermeister:	Erster Beigeordneter:	Stadtkämmerer:	Beigeordnete	Stadtbaurat:	Rechtsamt:
Datum: _____	Datum: _____	Datum: _____	Datum: _____	Datum: _____	Datum: _____

Zahl der erforderlichen Protokollauszüge: _____

Die Erfahrung zeigt, dass dort, wo sich bereits Familien erfolgreich niedergelassen haben, weitere Familienangehörige oder bekannte Familien und Einzelpersonen niederlassen. Es wird immer häufiger beobachtet, dass vor allem stark renovierungsbedürftige Häuser ausschließlich von rumänischen Großfamilien bewohnt werden. Eine Integration dieses Personenkreises in die hiesigen Lebensverhältnisse wird bei anhaltender Problemlage immer schwieriger, da das Verständnis in der Nachbarschaft sinkt. Die Folge sind häufige Beschwerden, z. B. wegen Vermüllung und Lärmbelästigung bei den Behörden.

Die Anzahl der in den kommenden Jahren zuziehenden Familien lässt sich nicht prognostizieren. Es ist aber aufgrund der Erfahrung der letzten Jahre damit zu rechnen, dass die Zahl weiter ansteigt. Die Situation der von Armut bedrohten EU-Zuwanderer muss sich schnellstmöglich und nachhaltig verbessern. Hilfreich für die Betreuung dieses Personenkreises sind Mitarbeiter mit entsprechendem Migrationshintergrund, bei denen eine direkte Ansprache gewährleistet ist und die gezielt die problematischen Personen und Familien aufsuchen und ganzheitlich beraten. Wichtig ist, diesen Menschen zu erklären, dass sie keine Angst haben müssen, bei Behörden vorzusprechen, wenn sie Probleme oder Fragen haben.

Maßnahmen:

Aus dem Grund hat sich die Stadt Gladbeck als einzige Stadt des Kreises Recklinghausen entschlossen, sich um Fördergelder für die von Armut bedrohten EU-Zuwanderer zu bewerben.

Bei dem Projekt zur Verbesserung der sozialen Eingliederung von neuzugewanderten Unionsbürgern/-innen, deren Kindern sowie Wohnungslosen und von Wohnungslosigkeit bedrohten Personen, handelt es sich um ein Modellprojekt, welches aus dem Europäischen Hilfsfonds (EHAP) finanziert wird. Dieses Projekt wurde über den Kreis Recklinghausen beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales beantragt. Die Projektleitung liegt beim Kommunalen Integrationszentrum (KI) des Kreises Recklinghausen. Der Kooperationspartner ist RE/Init e. V., Am Steintor 3, 45657 Recklinghausen. Die Projektlaufzeit beträgt drei Jahre und endet spätestens am 31.12.2018. Es ist geplant, eine Verlängerung zu beantragen. Projektbeginn war am 01.01.2016. Das Projekt wurde bereits in der Sitzung des Integrationsrates am 29.06.2016 vorgestellt.

Ziel des Projektes ist die Ansprache, die Beratung und die Information von besonders benachteiligten neuzugewanderten Unionsbürgern/-innen im Hinblick auf die Beratungsangebote des regulären Hilfesystems und zu Angeboten der frühen Bildung und der sozialen Betreuung. Die von Armut bedrohten EU-Zuwanderer sollen langfristig über die Sprache, Teilhabe am Gesellschaftsleben, Bildung (Schule und Kita) und selbständige Sicherstellung des Lebensunterhaltes integriert werden. Da das Projekt in Gladbeck erfolgreich angelaufen ist, wurde es mittlerweile auf Marl und Oer-Erkenschwick ausgeweitet.

Seit April 2016 ist Frau Violeta Stoeva von dem Verein RE/Init im Rahmen dieses Projektes für die Stadt Gladbeck tätig. Unterstützt wird sie von ihrer Kollegin, Frau Olga Ivanova-Napp und von Frau Camelia Kovacs.

Frau Ivanova-Napp und Frau Kovacs werden nun über die aktuellen Entwicklungen berichten.

Finanzielle Auswirkungen:

keine

folgende

Ergebnisrechnung

Ertrag	€
einmalig	
jährlich	

Aufwand	€
einmalig	
jährlich	
<i>darin enthalten:</i>	
Personalaufwand	
Sach- und Dienstleistungen	
Transferaufwand	

investiver Finanzplan

Einzahlung	€
einmalig	
jährlich	
<i>darin enthalten:</i>	
Zuschüsse	
Beiträge Dritter	

Auszahlung	€
einmalig	
jährlich	

Haushaltsmittel stehen:

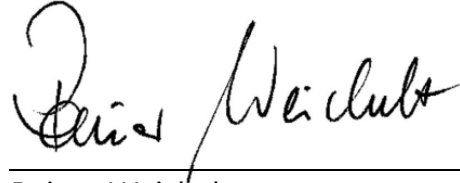
zur Verfügung

nicht zur Verfügung

Beschlussentwurf:

Der Integrationsrat nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Der Bürgermeister
i. V.



Rainer Weichelt
Erster Beigeordneter

In der Sitzung des

- Integrationsrat
- Rates
- Haupt- und Finanzausschusses

am _____ (nicht - öffentlicher Teil) wurde wie folgt beschlossen: